



2018/18 Hotspot

<https://www.jungle.world/artikel/2018/18/bittere-massnahme>

Die indische Frauenrechtlerin Swati Maliwal fordert die Todesstrafe für Vergewaltiger von Kindern

Bittere Maßnahme

Porträt von **Nicole Tomasek**

<none>

Richtig schmecken kann ihr der Erfolg nicht. Swati Maliwal, die Vorsitzende der indischen Behörde Delhi Commission for Women, war in den Hungerstreik getreten, um unter anderem die Todesstrafe für Vergewaltiger von Kindern zu fordern. In einer Sondersitzung des Kabinetts am 21. April wurde ein Dekret von Premierminister Narendra Modi angenommen, das die Todesstrafe vorsieht, wenn die Opfer zwölf Jahre alt oder jünger sind. Zudem sollen die Haftstrafen für Vergewaltiger erhöht sowie Ermittlungen und Prozesse beschleunigt werden. Daraufhin beendete die 33jährige Maliwal ihren Hungerstreik. Es war jedoch nicht allein dieser, der Modi zum Handeln gezwungen hatte. Tausende hatten in Indien gegen sexualisierte Gewalt demonstriert, nachdem Mitte April Details zu einem Fall bekannt wurden, der viele in Indien schockierte. Acht Hindus hatten Anfang Januar im Bundesstaat Jammu und Kaschmir eine Achtjährige entführt, die einer nomadischen muslimischen Minderheit angehörte. Sie vergewaltigten und folterten sie fünf Tage lang in einem hinduistischen Tempel und ermordeten sie schließlich. Die Entführung sollte offenbar dazu dienen, die muslimische Minderheit zu terrorisieren und zu vertreiben. Als die Polizei die Tatverdächtigen verhaften wollte, demonstrierten auch Amtsträger der hindunationalistischen Partei BJP dagegen.

In einem weiteren Fall, der für Aufsehen sorgte, hatte ein Mädchen einen BJP-Abgeordneten in Uttar Pradesh der Vergewaltigung bezichtigt. Da die Polizei sich monatelang geweigert hatte, ihre Anzeige aufzunehmen, versuchte die Teenagerin, sich vor dem Amtssitz des Regierungschefs des Bundesstaats selbst zu verbrennen. Weil sie ihre Anzeige nicht zurückzog, prügelte die Polizei ihren Vater zu Tode. Zwar wurden die mutmaßlichen Täter inzwischen in beiden Fällen verhaftet, Modis BJP gilt vielen Kritikern allerdings als eine der Ursachen für die weitverbreitete sexualisierte Gewalt und Straflosigkeit. In einem offenen Brief an Modi vom 21. April schrieben 630 Intellektuelle aus Indien und der ganzen Welt, es handle sich nicht um isolierte Fälle, sondern sie seien gezielte Angriffe auf religiöse und ethnische Minderheiten, Dalits und Frauen. Solche Angriffe ereigneten sich nicht nur, aber gehäuft in von der BJP regierten Gegenden. Auch Maliwals nun erhörte Forderung findet einige Kritikerinnen: Die drohende Todesstrafe erschwere es den Opfern eher, eine Vergewaltigung anzuzeigen, da die Täter in den allermeisten Fällen mit dem Opfer verwandt oder bekannt sind.